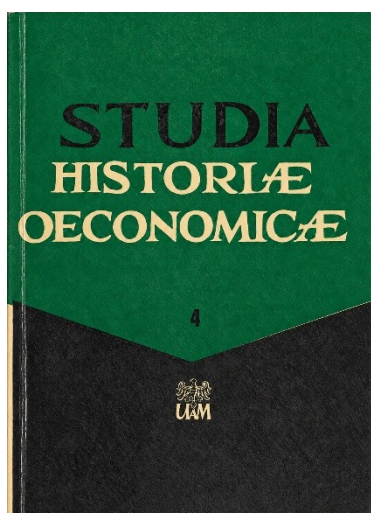




Jaros, J. (1970) 'Der polnische Kohlenbergbau in Polen der Zwischenkriegszeit und in Volkspolen', *Studia Historiae Oeconomicae*, 4, pp. 157–170.

<https://doi.org/10.14746/sho.1970.04.1.009>

<https://pressto.amu.edu.pl/index.php/sho/issue/archive>

The text was digitised from an earlier printed edition of *Studia Historiae Oeconomicae*. The digitisation process involved scanning, automated optical character recognition (OCR), and subsequent manual verification of the recognised text. The original source material is held by the Collegium Historicum Library at Adam Mickiewicz University, Poznań.

bch.amu.edu.pl

The task was carried out within the framework of the competition “Social Responsibility of Science II – Support for Scientific Libraries”. The project entitled “Digitization of archival editions of scientific journals collected by the Library of the Coll. Historicum of Adam Mickiewicz University”. The project was co-financed from state budget funds granted by the Minister of Science within the framework of the Programme Social Responsibility of Science II. Support for Scientific Libraries (agreement no. BIBL/SP/0092/2024/02 of 05.12.2024).

Total value of the project: PLN 247,236.00. Amount of co-financing: PLN 220,836.00.



UNIwersytet
IM. ADAMA MICKIEWICZA
W POZNANIU



Ministerstwo Nauki
i Szkolnictwa Wyższego



Spółeczna
Odpowiedzialność
Nauki II

Jerzy J a r o s (Sosnowiec)

DER POLNISCHE KOHLENBERGBAU IN POLEN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT UND IN VOLKSPOLEN

Der Kohlenbergbau auf polnischen Gebieten hat weit in die Vergangenheit zurückreichende Traditionen, die in Niederschlesien im XV. Jh., im Oberschlesischen Kohlenbecken um die Mitte des XVII. Jh. ihren Anfang nehmen. Seine rasche Entwicklung fällt in die Zeit vom Ausgang des XVIII. Jh. und dauert bis auf den heutigen Tag. Um die Mitte des XIX. Jh. betrug die Steinkohlenförderung auf polnischen Gebieten schon etwa 1,5 Millionen Tonnen, wobei das Oberschlesische Becken einen Anteil von mehr als 1100 Tausend Tonnen hatte. Der Ausbau des Eisenbahnnetzes ermöglichte in den nächsten Jahrzehnten den Steinkohlentransport über längere Strecken, wodurch die Kohlenproduktion in Oberschlesien im Jahre 1913 bis auf 52,6 Millionen Tonnen und in Niederschlesien bis auf 5,5 Millionen Tonnen anstieg. Schon zu dieser Zeit traten jedoch bestimmte Faktoren auf, die die weitere Entwicklung des Kohlenbergbaus hemmten, so z.B. die starke Konkurrenz seitens anderer Abbaugebiete, der unzureichende Ausbau des Verkehrsnetzes und die schwache Entwicklung der Verarbeitungsindustrie. Die Wirkung dieser Faktoren auf dem Gebiet des Oberschlesischen Beckens war noch durch die Tatsache der Teilung dieses Rayons durch die politischen Grenzen der drei annekstierenden Staaten in drei Bezirke verstärkt worden: Oberschlesien, das Revier um Dąbrowa und das Revier um Kraków. Die Kohle aus dem größten dieser Gebiete, aus Oberschlesien, fand keinen genügenden Absatz in Preußen; außerdem erschwerten die politischen Grenzen ihre Ausfuhr in das Königreich Polen und in einem gewissen Maße auch nach Galizien.

Die Kohle aus dem Revier Dąbrowa konnte trotz des raschen Ausbaus der dortigen Kohlengruben um die Wende des XIX. und XX. Jh. nicht voll den Bedarf im Königreich Polen decken; der hohe Preis der Kohle hemmte außerdem die Entwicklung der Verarbeitungsindustrie in diesem Bezirk. Das zur österreichisch-ungarischen Monarchie gehörende Galizien wurde als Agrar- und Rohstoffhinterland für die industriell stärker entwickelten Provinzen dieses Staates betrachtet; dies war auch der Grund der schwachen Entwicklung des Kohlenbergbaus in dem Revier Kraków. Für alle annekstierenden Staaten bildeten die polnischen Gebiete Grenzterritorien, in denen man Investitionen einschränkte, da diese Gebiete

im Falle eines Krieges verloren werden konnten. Dabei ist noch zu bemerken, daß bei dem Bau von Straßen und Eisenbahnlinien nicht wirtschaftliche, sondern strategische Gründe ausschlaggebend waren. Die Politik der Eroberungsstaaten trug nicht zuletzt dazu bei, daß sich eine bedeutende Zahl der Kohlengruben und Hütten in Händen ausländischer Kapitalisten befand.

Ein solches Erbe übernahm nach der Zeit der Fremdherrschaft der im Jahre 1918 wiedergeborene polnische Staat. Die Zerstörungen während des I. Weltkrieges, die hauptsächlich der Bezirk Dąbrowa und andere wenige Industriezentren im Königreich Polen erlitten hatten, erschwerten die wirtschaftliche Integration des Landes noch mehr.

Bis zur Mitte des Jahres 1922 gehörten zum polnischen Staat nur die Kohlengruben in den Revieren Dąbrowa, Kraków sowie das Kohlenbergwerk „Silesia“ in dem Revier Cieszyn. Diese Bergwerke konnten den Inlandsbedarf nicht decken; die Einfuhr von Kohle und Koks aus dem Ausland stieß angesichts von Transportschwierigkeiten und der negativen Haltung der Nachbarstaaten auf Hindernisse. In dieser Situation führten die polnischen Behörden eine Kontrolle des Kohlenhandels ein und begannen mit dem Ausbau des staatlichen Kohlenbergwerkes „Brzeszcze“, darüber hinaus gewährten sie den Privatunternehmern, vor allem in dem Revier Dąbrowa, beträchtliche Investitionskredite. Diese Kredite waren angesichts der zunehmenden Entwertung der polnischen Mark in der Tat Zuschüsse, die der Staat den (sehr oft ausländischen) Privatunternehmern zahlte. Es entwickelten sich auch winzig kleine, flache Kohlengruben.

Eine Änderung dieser Lage erfolgte jedoch schon im Jahre 1922, als Polen die Mehrzahl der Kohlengruben in Oberschlesien zurückgewann und somit zu einem wichtigen Exporteur dieses Produktes wurde. Es wurden von nun an nur geringe Mengen an Koks und Kokskohle eingeführt, um den Bedarf der polnischen Hüttenindustrie zu decken. Ein beträchtlicher Teil des Kohlenexports (etwa 6 Millionen Tonnen jährlich bei einer Gesamtproduktion von über 30 Millionen Tonnen) wurde bis zur Mitte des Jahres 1925 in das östliche Deutschland geliefert, das zu Oberschlesien in zahlreichen wirtschaftlichen Beziehungen stand. Im Jahre 1925 stellten die deutschen Behörden jedoch aus politischen Gründen die Kohleneinfuhr aus Polen ein, um den polnischen Staat in ein wirtschaftliches und politisches Abhängigkeitsverhältnis zu bringen oder ihn auch in eine wirtschaftliche Katastrophe zu führen. Dieser Schritt hat die polnische Seite zur Einleitung von Gegenmaßnahmen gezwungen, was den langwierigen sog. polnisch-deutschen Zollkrieg nach sich zog. Nach seiner Beendigung erwies sich, daß die Bergwerke in dem deutschen Teil von Oberschlesien, in dem sie die günstige Konjunktur ausnutzten, so sehr die

Förderung erhöht hatten, daß sie den Bedarf der östlichen Provinzen decken konnten; außerdem entwickelte sich in Deutschland die Braunkohlenförderung. Von der Mitte des Jahres 1925 bis zum Ausgang der Zwischenkriegszeit kam also der deutsche Markt für die polnischen Kohlenexporteure praktisch nicht in Frage.

Die Einstellung des Importes durch Deutschland bewirkte ein plötzliches Sinken des polnischen Kohlenexports von 11,4 Millionen Tonnen im Jahre 1924 auf 8,2 Millionen Tonnen im Jahre 1925. Ungefähr um dieselbe Zahl verringerte sich die Steinkohlenförderung in Polen — von 32,4 auf 29,1 Millionen Tonnen. In den Bergwerken wurden Einschränkungen der Produktion und Feierschichten eingeführt. Um dem Konkurrenzkampf zwischen den Bergwerken und der Liquidierung weniger rentablen Betriebe, die einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zur Folge hätte und eine schnelle Erhöhung der Förderung im Falle einer Konjunkturverbesserung nicht zuließe, vorzubeugen, bildeten die Großunternehmer im Jahre 1925 zwei Kohlenkonventionen — eine in Oberschlesien und die andere im Bezirk Dąbrowa-Kraków. Diese Konventionen trafen daraufhin miteinander eine Vereinbarung, die als Gesamtpolnische Kohlenkonvention (Konwencja Ogólnopolska) bezeichnet wurde (später — Polnische Kohlenkonvention — Polska Konwencja Węglowa).

Die Kohlenkonvention stellte ein Kartell dar, dessen Ziel es war, die minimalen Kohlenpreise im Lande festzulegen und jene Kohlenmengen zu regeln, die die einzelnen Bergwerke auf dem Binnenmarkt und auf den sog. Nahmärkten (Tschechoslowakei, Österreich, Ungarn, Deutschland und Gdańsk) verkaufen durften. Die Einschaltung der staatlichen Behörden in die Vorschriften des Konventionsvertrags hatte in erster Linie das Ziel, nicht zuzulassen, daß die Bergwerke in den Revieren Kraków und Dąbrowa durch die meist von deutschem Kapital beherrschten ober-schlesischen Bergwerke majorisiert würden. In den späteren Abkommen (aus den dreißiger Jahren) hat sich das Industrie- und Handelsministerium das Recht vorbehalten, sowohl in Streitfragen zwischen den Mitgliedern der Konvention zu entscheiden, als auch ihren Generaldirektor in seinem Amt zu bestätigen. Gleichzeitig leistete der Staat der Kohlenindustrie eine beträchtliche Hilfe bei der Organisation des Exports, vor allem auf dem Seewege, indem er die Eisenbahnpreise (vor allem bei dem Kohlentransport zu den Häfen) senkte, den Hafen in Gdynia ausbaute und die Eisenbahnmagistrale Schlesien-Gdynia baute. In den dreißiger Jahren wurde zusätzlich die sog. Exportkonvention geschlossen und ein Ausgleichfonds gebildet, aus dem den Kohlenexporteuren Zuschüsse bei der Ausfuhr auf weitgelegene Märkte ausgezahlt wurden — dieser Fonds bestand aus Gebühren, die beim Verkauf auf dem Binnenmarkt und auf den Nahmärkten gezahlt werden mußten.

Die Erschließung neuer Absatzmärkte durch die polnische Kohle wurde durch einen langfristigen Streik der englischen Bergarbeiter im Jahre 1926 erleichtert. Unter den neuen Kohlenabnehmern spielten die schwedischen, dänischen, finnischen, lettischen, litauischen und italienischen Importeure die Hauptrolle. Die Ausfuhr in diese 6 Staaten stieg von 767 Tausend Tonnen im Jahre 1925 auf 4808 Tausend Tonnen im Jahre 1926; der Gesamtexport der polnischen Kohle erreichte im Jahre 1926 14 371 Tausend Tonnen. In den weiteren Jahren gelang es den polnischen Exporteuren, trotz der Beendigung des englischen Streikes und der Senkung der Preise für die durch England exportierte Kohle, sich auf den skandinavischen Märkten zu behaupten. Angesichts der herrschenden guten Konjunktur gestaltete sich die Situation günstig. Im Jahre 1929 begann jedoch eine langfristige Wirtschaftskrise, die die ganze kapitalistische Welt umfaßte. Sie hatte die von den Importeuren eingeführten Transporteinschränkungen und eine gesteigerte Konkurrenz der englischen und später der deutschen Kohle auf den ausländischen Märkten zur Folge. Der polnische Staat befand sich dabei in einer schlechteren Lage als Großbritannien oder Deutschland, weil er, als Agrarland, nicht die Landwirtschaftsprodukte brauchte, welche die schwächer industrialisierten Länder Mitteleuropas im Austausch gegen Kohle anboten, sondern eine Bezahlung in Devisen oder Gold verlangen mußte. Außerdem hatten politische Gründe einen Einfluß auf die Einschränkung der Handelsbeziehungen mit der UdSSR, und die an Polen grenzende Tschechoslowakei erhöhte ihre Steinkohlenproduktion dermaßen, daß sie in manchen Jahren selbst exportierte. Unter diesen Bedingungen war es nötig, die Preise der aus Polen ausgeführten Kohle herabzusetzen und sie auf abgelegenen Märkten zu verkaufen, wobei die Transportkosten einen großen Teil des Gewinnes verschlangen. Der Durchschnittspreis einer ausgeführten Tonne Kohle loco Bergwerk betrug:

im Jahre 1928	—	18,6 zł	im Jahre 1932	—	9,8 zł
1929	—	17,9 zł	1933	—	10,6 zł
1930	—	16,5 zł	1934	—	8,3 zł
1931	—	13,9 zł	1935	—	8,7 zł

(Nach: M. Pruszyński, *Z zagadnień przemysłu węglowego* (Aus den Problemen der Kohlenindustrie). Kraków 1939, S. 33.)

Diese Preise waren beträchtlich niedriger als die Inlandspreise. So erlangte der Konzern „Skarboferm“ im Jahre 1932 für eine Tonne Stückkohle ab Grube:

beim Verkauf in Polen	—	34,12 zł
an Gdańsk	—	24,69 zł
an die Tschechoslowakei	—	35,90 zł
an die Schweiz	—	13,90 zł
beim Überseeverkauf	—	9,50 zł

Der Binnenmarkt konnte jedoch nicht die ganze Kohlenproduktion aufnehmen, was den polnischen Staat zur Einführung eines Dumping-exports zwang, obwohl der Inlandsverbrauch an Kohle pro Kopf der Bevölkerung oftmals niedriger war als in den importierenden Ländern. Und zwar betrug der Verbrauch an Steinkohle, Braunkohle, Koks und Briketts umgerechnet auf Steinkohle pro Kopf der Bevölkerung:

		im Jahre 1925	im Jahre 1937
in den USA	—	4366 kg	2688 kg
in England	—	3890 kg	3706 kg
in Belgien	—	3929 kg	3325 kg
in Deutschland	—	2211 kg	1837 kg
in Frankreich	—	1962 kg	1624 kg
in der Tschechoslowakei	—	1123 kg	1250 kg
in Schweden	—	776 kg	1133 kg
in Polen	—	704 kg	553 kg

(Die Angaben für das Jahr 1925 nach: Sprawozdanie Komisji Ankietowej Badania Warunków i Kosztów Produkcji i Wy-miany (*Bericht der Kommission für Untersuchungen der Bedingungen und Kosten der Produktion und des Austausches*). Bd. V, Warszawa 1928, S. 27 - 28; für das Jahr 1937 nach: S. Gryziewicz: Rynek węglowy w Polsce (*Der Kohlenmarkt in Polen*). Katowice 1939, S. 43).

Ein Grund für die ungenügende Aufnahmefähigkeit auf dem inneren Markt war hauptsächlich die schwache Entwicklung der Verarbeitungs-industrie, die unzureichende Dichte des Eisenbahnverkehrsnetzes, vor allem in den östlichen Gebieten des Landes, sowie die Armut der Bauern, die die Mehrzahl der Landesbevölkerung bildeten und die sich oft keine Kohle leisten konnten. Man muß hervorheben, daß das Vorgehen der Grubenbesitzer, die den Kohlenpreis im Inland auf einem hohen Niveau hielten (etwa 30 Zl. für eine Tonne Stückkohle), um einen Ausgleich für die im Export erlittenen Verluste zu schaffen, einen Einfluß auf die Verschlechterung der Situation auf dem Binnenmarkt hatte. Und zwar hatte der hohe Kohlenpreis einen Anstieg der Bahntransportkosten und der Produktionskosten anderer Industrieartikel, vor allem der Hüttenprodukte, zur Folge und hemmte somit die Industrialisierung des Landes. Ebenso mußte sich die Bevölkerung, vor allem auf dem Lande, bemühen, den Kohlenverbrauch für Heizzwecke einzuschränken. Infolgedessen verringerte sich der Kohlenabsatz im Inland von 27 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 15 Millionen Tonnen in den Krisenjahren 1932 und 1933.

Angesichts der geringeren Nachfrage wurde auch die Förderung verringert, indem ein Teil der Arbeiter entlassen wurde und Feierschichten sowie turnusmäßige Urlaube eingeführt wurden. Die Zahl der Arbeiter in den polnischen Steinkohlengruben sank von 125 Tausend im Jahre 1929 auf 76 Tausend im Jahre 1933. In den folgenden Jahren verringerte sie sich weiterhin trotz einer gewissen Verbesserung der Konjunktur, wo-

bei es den Kapitalisten infolge der Steigerung der Arbeitsproduktivität gelungen ist, einen Anstieg der Förderung zu erreichen: die Zahl der Beschäftigten betrug im Jahre 1936 nur noch 58 Tausend und stieg erst gegen Ende der Zwischenkriegszeit ein wenig an (im Jahre 1938 — 69 Tausend). Darüber hinaus begannen die Kapitalisten die Produktion in weniger rentablen Betrieben einzustellen, obwohl seitens der staatlichen Behörden versucht wurde, möglichst viele Betriebe in Gang zu halten. In den Jahren 1931 - 1933 wurde die Produktion in dem oberschlesischen Revier und in dem Revier Dąbrowa in 16 großen Kohlengruben eingestellt, wobei einige von ihnen unter Wasser gesetzt wurden, was eine Wiederaufnahme der Förderung für eine längere Zeit ausschloß. Unter dem Druck der Besitzer von Großunternehmen wurden auch die hauptsächlich im Revier Dąbrowa auftretenden winzigen Kohlengruben geschlossen. Die Konkurrenz der Steinkohle bewirkte eine fast völlige Einstellung der Braunkohlenförderung. Erst in den letzten Jahren vor dem II. Weltkrieg machte sich eine gewisse Konjunkturverbesserung in der Kohlenindustrie bemerkbar, was seinen Ausdruck in einem Anstieg der Förderung und einer Erhöhung der Zahl der Beschäftigten fand. Gleichzeitig begannen die Kohlenproduzenten angesichts der Exportschwierigkeiten eine größere Aufmerksamkeit auf den Binnenmarkt zu richten; sie senkten die Kohlenpreise in gewissen Rayons, befreiten Kohlensendungen in Betriebe, die zu derselben Firma gehörten, vom Konventionskontingent usw. Infolge dieser Bemühungen gelang es den Absatz auf dem Binnenmarkt im Jahre 1938 auf 23 Millionen Tonnen zu erhöhen, damit wurde jedoch erst annähernd das Niveau aus der Zeit vor der Wirtschaftskrise erreicht (im Jahre 1928 - 23,6 Millionen Tonnen).

Die bedeutende Mehrzahl der Gruben gehörte in den Zwischenkriegsjahren ausländischen Kapitalisten, wobei im oberschlesischen Revier das deutsche Kapital dominierte, in den Revieren Dąbrowa und Kraków — das französische und belgische. Obendrein führten die polnischen Behörden in den ersten Jahren nach der Erlangung der Unabhängigkeit eine Politik der Heranziehung fremden Kapitals auf Kosten wirtschaftlicher Zugeständnisse. Davon zeugte u.a. die Verpachtung der staatlichen Kohlengruben in Oberschlesien an die französisch-polnische Gesellschaft „Skarboferm“ und die Befreiung der Firma „Giesche“ von der Vermögensabgabe, wobei als Gegenleistung der Ausbau und die Modernisierung der Betriebe durch amerikanisches Kapital verlangt wurde.

Die Pläne für den Ausbau der polnischen Industrie durch ausländisches Kapital schlugen fehl. Die ausländischen Besitzer der Unternehmen verstanden es, aus Polen viel größere Summen als die investierten auszuführen, indem sie geschickt die Devisenvorschriften umgingen und die dem Staat in Form von Steuern gezahlten Summen auf ein Minimum be-

grenzten. Die Kapitalausfuhr erfolgte auf verschiedensten Wegen, so z.B. durch die Abzahlung hochgeschraubter Zinsen und Raten von fiktiven Verschuldungen, die Herabsetzung der Angaben über den Exportgewinn (wobei ein Teil der Gelder auf ausländische Bankkonten eingezahlt wurde), durch die Zahlung von beträchtlichen Summen an ausländische Handelsvermittler, die Zahlung hochgeschraubter Honorare und Tantiemen den im Ausland weilenden Mitgliedern der Vorstände und Aufsichtsräte. Zu Zeiten der günstigen Konjunktur wurden auch beträchtliche Summen als Dividenden für Aktionäre ins Ausland überwiesen.

Die von den polnischen Behörden unternommenen Bemühungen zwecks einer Polonisierung der ausländischen (vor allem der deutschen) Unternehmen beschränkten sich anfangs auf Versuche, ihre Besitzer zur Beschäftigung polnischer Ingenieure und zur Einführung der polnischen Sprache in das Amtswesen zu bewegen. Die in den oberschlesischen Bergwerken eingestellten polnischen Ingenieure zeichneten sich durch zahlreiche technische Errungenschaften aus, wie die Verbesserung des Schachttransportes, die Einführung des Wandabbaus in Flözen von geringerer Mächtigkeit, eine beträchtliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Verbesserung des Arbeitsschutzes. Ihr Einfluß auf die Finanzen der zu dem ausländischen Kapital gehörenden Unternehmen war jedoch im allgemeinen sehr gering. Der Raubbau der ausländischen Aktionäre richtete in der Periode der Wirtschaftskrise manche Konzerne zugrunde; die Unternehmen waren mit Schulden belastet, sie zahlten seit Jahren keine Steuern, hatten nicht einmal Geld für die Auszahlung der Arbeitslöhne. Um zu einer Einstellung der Produktion wichtiger Betriebe nicht zuzulassen, entschied sich die polnische Regierung angesichts dieser Situation, für die rückständigen Steuer alle oder einen Teil der Aktien der vor dem Bankrott stehenden Unternehmen zu übernehmen. Auf diese Weise wurden im Jahre 1934 52% der Aktien der Gesellschaft „Huta Pokój“ übernommen, im Jahre 1937 — der „Interessengemeinschaft für die Bergwerk- und Hüttenindustrie“ (deren ausländische Aktionäre Obligationen erhielten, die durch polnische Kohlensendungen nach Deutschland abgezahlt wurden). Im Jahre 1939 wurden die Betriebe von Hohenlohe unter Zwangsverwaltung genommen, womit ihre völlige oder teilweise Verstaatlichung eingeleitet wurde. Der Fürst von Pszczyna wurde zur Abgabe seiner Wälder zwecks einer Abzahlung der rückständigen Steuern gezwungen; er behielt jedoch seine Kohlengruben und andere Industriebetriebe. Gleichzeitig unternahm der Staat Schritte, um eine weitere Expansion des fremden Kapitals im Bergbau einzuschränken. Er behielt sich nämlich — auf Grund der Vorschriften des Bergrechtes vom 29. Nov. 1930 — das ausschließliche Recht bei der Erlangung neuer Bergbauberechtigungen für Steinkohle in dem oberschlesischen Teil der Schlesischen

Wojewodschaft vor. Die Novelle aus dem Jahre 1938 dehnte diese Vorschrift auf das Gebiet des ganzen Staates mit Ausnahme der Reviere Dąbrowa, Kraków und Cieszyn aus. Um weiteren Steuerhinterziehungen bei der Kohlenausfuhr vorzubeugen, entschlossen sich die polnischen Behörden schließlich im Jahre 1939, eine Zwangsvereinigung der Kohlenunternehmer und ihrer Verbände unter dem Namen „Oberste Organisation der Kohlenindustrie“ (Naczelna Organizacja Przemysłu Węglowego) zu gründen. Die Aufgabe dieser Organisation, die dem Minister für Industrie und Handel unterstand, bestand darin, die Produktion und den Absatz der Kohle auf dem Binnen- und Auslandsmarkt zu regeln. Die diesbezügliche im Gesetzblatt „Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej“ vom 30. VIII. 1939 veröffentlichte Verordnung trat jedoch infolge des Ausbruchs des II. Weltkrieges nicht in Kraft.

Die von den staatlichen Behörden unternommenen Maßnahmen zur Einschränkung der schädlichen Tätigkeit ausländischen Kapitals waren zweifellos von weittragender Bedeutung und für die polnische Wirtschaft günstig. Sie wurden jedoch verhältnismäßig spät durchgeführt, erst als das Land bereits an das Ausland mehrere Millionen Tribut gezahlt hatte; außerdem verzichtete der Staat, indem er sogar unter verhältnismäßig günstigen Bedingungen Bergwerke und Hütten übernahm, auf beträchtliche Steuerrückstände und belastete die neuaufgekauften Unternehmen mit Abzahlungen an ausländische Aktionäre. Die Errungenschaften der Zwischenkriegszeit hinsichtlich der Polonisierung des Bergbaus wurden von den faschistischen Behörden schon am Anfang der Okkupation zunichte gemacht: die Okkupanten stellten die nicht deutschen Unternehmen unter eine kommissarische Verwaltung, die sie nach und nach an deutsche Konzerne verkaufte; aus den oberschlesischen Bergwerken entfernten sie die polnischen Ingenieure, und in den Bergwerken der Reviere Dąbrowa und Kraków beließen sie sie ausschließlich auf niedrigeren Posten.

Dank der vollen Ausnutzung der Produktionskapazität der Gruben gelang es den faschistischen Behörden in den Okkupationsjahren, die Kohlenförderung für den Bedarf ihrer Kriegswirtschaft beträchtlich zu steigern. Sie erreichten dies jedoch unter anderem auf Kosten der Einschränkung von Ausrichtungsarbeiten und in der letzten Kriegsphase — sogar der Vorbereitungsarbeiten. Auch die in den Okkupationsjahren vorgenommenen Investitionen im Bereich der Bergwerksmaschinen und Grubenanlagen waren bedeutend geringer als der Wertverlust, der durch die verschärfte Ausbeutung dieser Anlagen in den Kriegsjahren hervorgerufen wurde. Vernachlässigungen hinsichtlich neuer Investitionen traten auch im dem westlichen Teil des oberschlesischen Reviers und im Niederschlesischen Becken auf, die im Jahre 1945 Polen zuerkannt wurden.

Obwohl also die polnischen Bergwerke unmittelbar keine Kriegsschäden erlitten hatten, wurden sie von den polnischen Behörden in einem vernachlässigten Zustand übernommen und erforderten eine Erweiterung der Förderungsfront und eine Erneuerung des Maschinenparks. Sie waren jedoch imstande, sofort nach der Befreiung die Produktion aufzunehmen und Brennmaterial für die Bevölkerung als auch den unentbehrlichen energetischen Rohstoff für andere Industriezweige zu liefern.

Gleichzeitig begannen Faktoren zu wirken, die einen schnellen Wiederaufbau und ferner einen Ausbau der Kohlenindustrie ermöglichten sowie die Stützung ihrer Entwicklung auf festen Grundlagen. Vor allem wurden die Kohlengruben bereits im Jahre 1945, noch vor einer formellen Verabschiedung des Gesetzes über die Verstaatlichung der mittleren und der Großindustrie durch den Landesnationalrat, praktisch verstaatlicht, einer gemeinsamen Leitung unterstellt und in Vereinigungen aufgeteilt, was die Einführung der Planwirtschaft in ihnen ermöglichte. Außerdem bildeten der schnelle Wiederaufbau und Ausbau der Verarbeitungsindustrie für sie einen aufnahmefähigen inneren Absatzmarkt, wodurch die Entwicklung des polnischen Kohlenbergbaus von dem Bedarf der Importländer und den wechselnden Konjunkturen auf ausländischen Märkten unabhängig wurde. Trotz einem beträchtlichen Förderungsanstieg bildet der Steinkohlenexport zur Zeit nur etwa 20% der Landesproduktion (z.B. wurden im Jahre 1967 24 Millionen Tonnen exportiert bei 124 Millionen Tonnen geförderter Kohle), während in der Zwischenkriegszeit 30 - 40% der Förderung exportiert wurde. Schließlich fand die Volksrepublik Polen dank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der UdSSR einen ständigen Abnehmer für einen beträchtlichen Teil ihrer Kohlenüberschüsse. In diesen Verhältnissen ist ein Dumpingexport um jeden Preis nicht mehr nötig — Polen exportiert seine Kohle nur dann, wenn die auf dem ausländischen Markt erzielten Gewinne höher liegen als die Förderungs- und Transportkosten. Außerdem wandern die aus der Kohlenindustrie erzielten Gewinne dank der Grubenenteignung der ausländischen Kapitalisten nicht mehr ins Ausland, sondern bereichern das eigene Land.

In der Nachkriegsgeschichte der polnischen Kohlenindustrie, ähnlich wie in der Geschichte unserer ganzen Wirtschaft, können drei Perioden unterschieden werden: 1945 - 1949, 1950 - 1955 und 1956 - 1968.

Die Jahre 1945 - 1949 sind eine Periode der Ingangsetzung der durch den Krieg desorganisierten Industrie, der Bildung einer neuen Wirtschaftsorganisation, die den Bedürfnissen der Volksrepublik und dem Wiederaufbau nach dem Krieg angemessen ist. In dem Kohlenbergbau bestanden die Hauptaufgaben in diesem Zeitraum in einer Komplettierung der Bergwerkbelegschaften und der technischen Kader sowie in der Be-

seitigung der Folgen des durch die Okkupanten getriebenen Raubbaus. Es ist trotz vieler Schwierigkeiten gelungen, diesen Aufgaben gerecht zu werden. Die Zahl der Beschäftigten in den Betrieben, die dem Zentralvorstand für Kohlenindustrie (Centralny Zarząd Przemysłu Węglowego – CZPW) unterstehen, stieg von 108 Tausend im März 1945 auf 302 Tausend gegen Ende des Jahres 1948 an, die durchschnittliche Produktivität in den Steinkohlengruben vergrößerte sich in den Jahren 1945–1949 von 854 kg bis zu 1235 kg pro Tagesschicht und die Gesamtförderung überstieg schon im Jahre 1948 das Vorkriegsniveau. Das neue Verhältnis des Arbeiters zu seiner Arbeit fand in der Wettbewerbsbewegung, die im Juli 1947 durch die Initiative des Bergarbeiters Wincenty Pstrowski der Kohlengrube „Jadwiga“ (zur Zeit „Pstrowski“) ausgelöst wurde, seinen Ausdruck. Zur Ergänzung des durch den Krieg stark verminderten Kaders der Ingenieure wurde eine beschleunigte Schulung der vorgeschobenen Arbeiter eingeführt und neue technische Hoch- und Fachschulen eröffnet (u.a. die Technische Hochschule in Gliwice mit der Bergbaufakultät).

Im Bereich der Bergbautechnik wurden in diesem Zeitraum im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren noch keine bedeutenden Änderungen eingeführt, es machte sich jedoch eine Entwicklung des Wandabbaus (der Anteil des Wandabbaus stieg in den Jahren 1946–1949 von 36% auf 43% an), eine größere Arbeitskonzentration und eine breitere Anwendung von Schrämmaschinen und Transportbändern bemerkbar. Es wurden auch zahlreiche Reparaturen und Überholungen durchgeführt, sehr abgenutzte Maschinen und Anlagen wurden ausgewechselt, vor allem jedoch wurde die Förderungsfront durch Beseitigung der Kriegsvernachlässigungen im Bereich der Vorbereitungsarbeiten vergrößert. Es wurde der Bau der Bergwerke „Ziemowit“ und „Gigant“ fortgesetzt; darüber hinaus wurde mit dem Bau der Bergwerke „Wesoła II“, „Kościuszkowa“ und der Sandmagistrale aus der Błędowska-Wüste begonnen. Von sehr großer Bedeutung war auch die von der Normalisierungskommission des CZPW durchgeführte Vereinheitlichung der in den Bergwerken angewendeten Geräte, der Spurbreite der Gleise, der Verfahren zur Anfertigung der geologischen Dokumentation und die Vereinheitlichung der Bergbauterminologie.

Dank den Anstrengungen von Tausenden polnischer Bergarbeiter gelang es, die Förderung der Steinkohle in den Jahren 1945–1949 von 27 auf 74 Millionen Tonnen und die Braunkohlenförderung in den Jahren 1946–1949 von 1,4 auf 4,6 Millionen Tonnen zu erhöhen. Insgesamt wurden in den Jahren von 1945 bis 1949 272 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, wovon 184 Millionen Tonnen im Lande verbraucht und 88 Millionen Tonnen (32% der Förderung) exportiert wurden. Die den

Hütten und Fabriken gelieferte Kohle erleichterte einen raschen Wiederaufbau anderer Industriezweige, die mit Brennstoff und Energie versorgt wurden; die exportierte Kohle wurde in der Zeit des Kohlenmangels nach dem Kriege zur „polnischen Valuta“, die den Import nötiger Maschinen und Anlagen ermöglichte. Über 50% des Exports richtete sich in diesen Jahren in die UdSSR, es wurde jedoch auch mit dem Kohlenexport in die Länder Westeuropas begonnen.

Die Jahre 1950 - 1955, also die Zeit des Sechsjahrplans, waren eine Periode rascher Industrialisierung des Landes und zugleich der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft. Im Kohlenbergbau wurden zu dieser Zeit 5 neue Steinkohlengruben und 1 Braunkohlengrube erschlossen, 19 neue Sohlen in alten Gruben wurden dem Abbau zugeführt, man begann neue Maschinentypen (Schrämlader) und neue Arbeitsmethoden einzuführen, wobei das Schwergewicht hauptsächlich auf die Erhöhung des Mechanisierungsgrades der Schachtarbeiten gelegt wurde. Die neuen Investitionen konnten jedoch die Abnahme der erschlossenen Vorräte, die durch die Förderung erfolgte, nicht aufwiegen. Außerdem wurde ein beträchtlicher Teil neuer Objekte nicht termingerecht beendet. Der Anstieg der Steinkohlenförderung von 78 Millionen Tonnen i.J. 1950 auf 94,5 Millionen Tonnen im Jahre 1955 wurde hauptsächlich auf Grund einer Vergrößerung der Belegschaften, einer Verlängerung des Arbeitstages und der Einführung der Überstundenarbeit an Sonn- und Feiertagen erreicht. Die Gesamtförderung in den Jahren 1950 - 1955 betrug 519 Millionen Tonnen Steinkohle, wovon 149,5 Millionen Tonnen (29%) für den Export bestimmt waren. Allein die Erträge aus dem Kohlenexport betrugen in den Jahren 1950 - 1955 2200 Millionen Dollars, während die gesamten Investitionsaufwände in der Steinkohlenindustrie zu dieser Zeit 9419 Millionen Zł. betrugen. Dies bedeutete, daß die Kohlenindustrie weiterhin die Entwicklung anderer polnischer Wirtschaftszweige finanzierte.

Die nächste — noch nicht beendete — Periode umfaßt zwei Fünfjahrpläne, die in den Jahren 1956 - 1960 und 1961 - 1965 realisiert wurden, und einen dritten, der im Jahre 1966 begonnen hat und noch nicht abgeschlossen ist. Es sind dies die Jahre der Beseitigung von Disproportionen, die während der schnellen Industrialisierung des Landes und des weiteren Ausbaus der Wirtschaft entstanden sind. Dieser Ausbau wird auch auf dem Gebiet der Kohlenindustrie durchgeführt. Es entstehen neue Gruben und Fördertiefen, der Bergbau erhält neue und immer bessere Maschinen und Förderanlagen und nutzt sie immer besser. So stieg z.B. die Durchschnittsleistung einer Schrämlademaschine in den Jahren 1955 - 1965 von 127,8 Tonnen in 24 Stunden auf 446,3 Tonnen. Weitere Fortschritte wurden in der Mechanisierung der Schachtarbeiten

erzielt. So betrug z.B. im Jahre 1967 der Anteil des mechanischen Abbaus 52,3% des gesamten Steinkohlenabbaus, der Anteil der mechanischen Verladung — 61,8% (im Braunkohlenbergbau gelang es den Anteil des mechanischen Abbaus und der Verladung bis auf 97,7% und 97,9% zu bringen). In einem immer größeren Maße wird die Automatisierung eingeführt — bis Ende des Jahres 1963 waren schon 26% der Förderbänder, 84% der Schachtpumpen, 10% der Abteilungspumpen, 8% der Aufzugsmaschinen und 12% der Verarbeitungsbetriebe automatisiert. Dank der besseren technischen Ausstattung der Gruben ist es trotz einem weiteren Förderungsanstieg gelungen, eine Stabilisierung der Zahl der Beschäftigten zu erreichen und die Fluktuation in den Bergbaubelegschaften einzuschränken. Es stieg auch die durchschnittliche Qualifikation der Bergbauarbeiter an und der Arbeitsschutz verbesserte sich. Die allgemeine Produktivität erreichte im Jahr 1967 1561 kg pro Tag und die Produktivität unter Tage bis 2319 kg. Die Steinkohlenförderung erreichte im Jahre 1967 123,9 Millionen Tonnen. Die rasche wirtschaftliche Entwicklung des Landes stellt dem polnischen Kohlenbergbau immer wieder neue Aufgaben zu lösen.

Die Investitionssummen in der Steinkohlenindustrie betrugen in den Jahren 1956 - 1960 21 060 Millionen Zł. und in den Jahren 1961 - 1965 — 31 498 Millionen Zł. Das ist nicht viel, wenn man bedenkt, daß man bei fortschreitender Ausbeutung zu immer tiefer liegenden Flözen greifen muß und so der Abbau der Kohle trotz des technischen Fortschrittes immer kostspieliger wird. Aus diesem Grunde strebt man in vielen Ländern eine Ersetzung der Steinkohle durch andere Energiequellen an, wie z.B. durch Erdöl, Wasserkraft oder Atomenergie. Der Steinkohlenanteil an der Weltproduktion von energetischen Rohstoffen verringerte sich in den Jahren 1938 - 1966 von 68% auf 36%. Diese Tatsachen fanden auch in Diskussionen polnischer Ökonomen, u.a. in der Presse, ihren Widerhall. In unserer Wirtschaftspolitik führten diese Diskussionen zu einer Einschränkung des geplanten Ausbaus der Steinkohlengruben, u.a. in dem Revier Rybnik, und man schenkte größere Beachtung dem Braunkohlenbergbau, dessen Förderung in dem Jahr 1967 23,9 Millionen Tonnen erreichte.

Es ist jedoch zu beachten, daß der Energiebedarf sowohl in unserem Lande als auch im Weltmaßstab unaufhörlich wächst. Im Zusammenhang damit wuchs die Steinkohlenförderung in der ganzen Welt trotz der Verringerung ihres Anteils an der allgemeinen Produktion energetischer Rohstoffe in den Jahren 1938 - 1966 fast um das Zweifache — von 1218 auf 2050 Millionen Tonnen. In Polen ist die Steinkohle angesichts des unzureichenden Auftretens anderer energetischer Rohstoffe die Haupt-

quelle der Energie und wird es noch über viele Jahre hinweg bleiben. Außerdem ist sie ein sehr wichtiger Rohstoff für unsere chemische Industrie. Daraus geht hervor, daß der Steinkohlenbedarf in unserem Lande, der bereits schon etwa 100 Millionen Tonnen jährlich beträgt, weiterhin in schnellem Tempo wachsen wird. Es ist also höchst notwendig, die Steinkohlengruben weiterhin intensiv auszubauen, damit sie künftigen Anforderungen gewachsen sind.

Übersetzt von:
P. PANOMAROW